

Der ehemalige Finanzminister de Saksyria, der zur Opposition gehört, kritisiert die vorgeschlagenen Maßnahmen der Regierung und wandte sich vor allem gegen die Einsparungen am Militärbudget.

Nach unwesentlichen Bemerkungen anderer Abgeordneter wurde dann die Einberufung geschlossen.

Übergang von französischen Soldaten

Wirmasens, 11. Juli. Vier französische Infanteristen überschritten gestern nachmittag an der Zollstelle Hermannsdorf die pfälzische Grenze. Sie wurden von Forstbeamten gestellt und der Gendarmarie übergeben, die sie nach eingehendem Verhör wieder an die Grenze brachte und auf französisches Gebiet abschob. Die vier Soldaten gehören der Weissenburger Garnison an und erklärten, daß sie die Grenze zu dem Zweck überschritten hätten, um in einer Wirtschaft auf dem Hermannsdorf Bier zu trinken.

Generalkonferenz in Belgien?

Brüssel, 11. Juli. Das Gewerkschaftskomitee von Brüssel und die politische Vereinigung der Sozialistischen Partei haben auf einer gemeinsamen Sitzung heute abend sich entschlossen, morgen dem Generalkonferenz der Sozialisten die Aussetzung des Generalkongresses in ganz Belgien vorzuschlagen.

Nach langem Suchen gefaßt

Verhaftung des Berliner Bankdirektors Seiffert in Prag
Prag, 11. Juli. Der Prager Volkspolizei ist es gelungen, den von der Berliner Polizei seit Monaten mittels Steckbriefes gesuchten Bankdirektor Wily Seiffert, der sich unter dem Namen Wily Wolf bereits mehrere Wochen in Prag aufhielt, zu verhaften. Seiffert, der im Steckbrief der gefälschten Bankbilanz beschuldigt wird, leugnet jede Schuld. Er wurde dem Kreisgericht eingeliefert, wo er bis zur Auslieferung in Haft gehalten werden wird. Die bei seiner Verhaftung gefundenen bedeutenden Geldmittel wurden an

70000 Bergarbeiter streiken in Belgien

Erzagt dieartigeren Streikende in einem Bergarbeiter-Gewerkschaft bei Charleroi. Die Tage im Borinage, dem belgischen Kohlenrevier verläuft sich von Stunde zu Stunde. 70000 Grubenarbeiter haben bereits die Arbeit niedergelegt. Starke Militär-Abteilungen und sämtliche Kraftfahrzeuge der Polizei sind zusammengesogen worden, um den beschlossenen Marsch der Arbeiter auf die Hauptstadt zu verhindern. Bei Zusammenstößen gab es bereits mehrere Verletzte.



das Prager Kreis-Strafgericht zur Verwahrung übergeben.

Seiffert war bekanntlich das alleinige Vorstandsmitglied der zusammengebrochenen Bank für Handel und Grundbesitz in Berlin. Durch die Schließung der Bank wurden 36000 Kunden in Mitleidenschaft gezogen. Um das Schlimmste für die Bankkunden zu verhüten, leitete die Reichsregierung eine Sühnungsfaktion ein. Seiffert, der noch am gleichen Tage verhaftet werden sollte, gelang es zu fliehen. Man glaubte anfangs, der Geflüchtete hätte Selbstmord begangen, dann tauchten Gerüchte auf, daß Seiffert nach der Tschechoslowakei geflüchtet sei.

Antideutsche Kundgebung in Posen

Posen, 11. Juli. Gestern war vom Regierungsblod in Posen eine große antideutsche Kundgebung der Schützenlegion zusammenberufen worden. Etwa 6000 Mann, mit Gewehren bewaffnet, waren aus der Provinz nach Posen gekommen. In den Ansprachen wurde erklärt, daß das polnische Volk geschlossen zum Schutze der Westgrenzen bereit stehe. Nachmittags kam es in der Stadt zu verschiedenen antideutschen Kundgebungen, die sich auch gegen die Regierungspartei richteten, da angeblich die polnische Regierung den deutschen Forderungen gegenüber zu nachgiebig sei. Die Polizei mußte mehrfach einschreiten.

Aufstand in Sao Paulo

London, 11. Juli. Reuter meldet aus Rio de Janeiro, daß nach einer Mitteilung der brasilianischen Regierung in der Stadt Sao Paulo ein Aufstand ausgebrochen sei. Die Aufständischen sollen indessen in Sao Paulo eingeschlossen sein und keine Hoffnung auf Entschärfung haben.

Schuhkönig Bata tödlich verunglückt

Prag, 12. Juli. Der bekannte Schuhindustrielle und Millionär Thomas Bata ist heute früh, als er mit einem Flugzeug zur Reise nach der Schweiz aufgebrochen war, tödlich verunglückt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist der Apparat, als er sich in 700 Meter Höhe noch über dem Privatflugplatz batas befand, abgestürzt. Der Pilot war sofort tot, während Bata schwerverletzt unter den Trümmern der Maschine hervorgezogen wurde. Er verstarb während der Ueberführung ins Krankenhaus. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht ermittelt werden.

15 Gebäude eingestürzt

Stolz, 11. Juli. Durch Kinder, die mit Streichhölzern spielten, wurden in dem Dorf Birzengün (Kreis Stolz) vier Gehöfte mit 15 Gebäuden eingestürzt. Neben Erntevorräten und Maschinen verbrannten mehrere Schweine und Geflügel. Das Großvieh konnte gerettet werden.

Blutige Politik

Neue Tote und Verletzte

Ueberrall Zusammenstöße

Breslau, 11. Juli. Bei Kausch in Schlesien kam es gestern zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern der Eisernen Front zu Reichereien. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Auch bei Oels erlitten drei Nationalsozialisten schwere Verletzungen bei einem Zusammenstoß mit politischen Gegnern.

Dessau, 11. Juli. In Dessau ist von den zehn Personen, die gestern bei einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der Eisernen Front und der NSDAP. verletzt wurden, ein Reichsbannerführer gestorben.

Machen, 11. Juli. In Machen wurde gestern ein Demonstrationsszug der Nationalsozialisten von politischen Gegnern mit Bierflaschen und Blumentöpfen beworfen und mit heißem Wasser begossen. Sieben Personen wurden verletzt.

Ries, 11. Juli. Als zweites Todesopfer der gestrigen Zusammenstöße vor dem Gewerkschaftshaus in Ederndorf ist ein Mitglied des Reichsbanners seinen Verletzungen erlegen.

Schüsse in Köln

Köln, 11. Juli. In der vergangenen Nacht fliehen zwei Nationalsozialisten auf drei Angehörige des antisozialistischen Kampfbundes. Nach einem Wortwechsel gab der eine Nationalsozialist drei Schüsse ab, durch die einer der Gegner schwer verletzt wurde. Die Nationalsozialisten wurden festgenommen.

Schwere Ausschreitungen in Hagen i. W.

Hagen, 11. Juli. Nach einer Kundgebung der Nationalsozialisten auf der Ruhweide wurden die geschlossen abmarschierenden Teilnehmer und die sie begleitende Polizei beschossen. Auch im Süden der Stadt kam es zu schweren Zusammenstößen, bei denen ebenfalls geschossen wurde. Die Polizei erwiderte das Feuer. Insgesamt wurden etwa 20 Personen verletzt. 13 Personen wurden festgenommen.

Zusammenstoß in Eifelstadt (Unterfranken)

Eifelstadt, 11. Juli. Zu einem heftigen Straßenkampf kam es gestern hier zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei neun Personen schwer verletzt wurden. Dem Vernehmen nach soll einer von ihnen bereits seinen Wunden erliegen sein. — Unter den Schwerverletzten befindet sich auch der Gendarm von Eifelstadt.

Zum Einsatz von Reichswehr bei den Oplauer Unruhen

Berlin, 11. Juli. Ueber den Einsatz von Reichswehr bei den Unruhen in Oplau am 10. Juli teilt das Reichswehrministerium mit, daß der Bürgermeister von Oplau den Standortältesten von Breslau um die Bestellung von Patrouillen zur Sammlung der Verletzten in der Stadt gebeten hat. Diesem Ersuchen wurde entsprochen. Ein bewaffneter Zivilist — wie sich später herausstellte, ein Reichsbannermann — leitete hierbei der Aufforderung, stehen zu bleiben und die Waffe abzugeben, nicht Folge. Da es in der Dunkelheit ungewiß war, ob der Mann nicht seinerseits von der Waffe Gebrauch machen würde, wurde auf ihn geschossen. Er erhielt einen Oberschenkelbruch und wurde von der Polizei sofort festgenommen.

Wie bisher feststeht, ist nur in diesem einen Fall von Seiten der Soldaten von der Schusswaffen Gebrauch gemacht worden. Ferner sind Soldaten nur als Patrouillen zum Sammeln und Wegbringen von Verwundeten verwendet worden. Ein Einsatz gegen eine

bestimmte Front oder zu bestimmten Sonderaufträgen ist nicht erfolgt.

Schwere Schlägerei im Kasseler Stadtparlament

Kassel, 11. Juli. Im Verlauf einer politischen Debatte im Stadtparlament nannte der Stadtverordnete Freisler (Nat.-Soz.) den sozialdemokratischen Stadtverordneten Wittrod einen „begrabigten Juchhäusler“, was der deutschnationale Vorkämpfer nicht rügte. Pöblich drang die gesamte sozialdemokratische Fraktion auf Freisler ein, umringte ihn und schlug auf ihn ein. Als ein nationalsozialistischer Stadtverordneter seinem Fraktionskollegen zu Hilfe kommen wollte, wurde auch er von den Sozialdemokraten mißhandelt, ebenso der Berichterstatter der nationalsozialistischen „Heftigen Volkswacht“. Nur das Dazwischentreten anderer Stadtverordneter verhinderte schlimmere Folgen für die beiden nationalsozialistischen Stadtverordneten, die erhebliche Verletzungen davontrugen. Schutzpolizei mußte das Eindringen von SA-Leuten in das Rathaus verhindern.

30 Millionen für den Herzog von Altenburg

Der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts hat am Sonnabend die Revision des Landes Thüringen im Abfindungsprozess des ehemals regierenden Herzogs Ernst II. von Sachsen-Altenburg zurückgewiesen und damit in Uebereinstimmung mit dem vom Oberlandesgericht Jena am 18. Januar d. J. erlassenen Urteil das Land Thüringen rechtskräftig zur Herausgabe der eingelaagten Grundstücke im Werte von 10000 RM an das Domänenverwalteramt des herzoglichen Hauses von Sachsen-Altenburg verurteilt.

Der Rechtsstreit drehte sich im wesentlichen um die Rechtmäßigkeit des zwischen dem Herzog und dem damaligen Freistaat Sachsen-Altenburg als Rechtsvorgänger des Landes Thüringen abgeschlossenen Auseinanderetzungsvertrages von 6.—14. Juni 1919, durch den der Grundbesitz des herzoglichen Hauses gegen Entschädigung auf das Land überführt worden war. Der Herzog führt diesen Vertrag dann später mit der vorliegenden Klage an, indem er formal- und sachlich-rechtliche Mängel geltend machte. Im Sinne dieser Einwendungen hatte bereits das Oberlandesgericht Jena im Gegensatz zum Landgericht der Klage dem Grunde nach stattgegeben mit der Begründung, daß bei Abschluß des Auseinanderetzungsvertrages zwingende Gesetzesvorschriften nicht beachtet worden seien. So hätte der Vertrag insbesondere gerichtlich oder notariell beurkundet werden müssen, und er hätte ferner auch im Interesse der minderjährigen Prinzen des herzoglichen Hauses der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes bedurft.

Das Land Thüringen bestritt demgegenüber in erster Linie die Zulässigkeit des Rechtsweges, da es sich um Vorgänge des öffentlichen Rechtes gehandelt habe, um eine Vermögensregelung aus Anlaß der Thronerfolge. Aus diesem Grunde hielt es auch die Beachtung der privatrechtlichen Formvorschriften nicht für erforderlich und ersuchte ferner die Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung für entbehrlich, weil der vom

Kommisär für rechtliche Angelegenheiten des herzoglichen Hauses in seiner Eigenschaft als Vormundschaftsrichter bestellte Pfleger der minderjährigen Prinzen in Kenntnis der Zusammenhänge den Auseinanderetzungsvertrag mit unterzeichnet vollzogen habe.

Diesen Einwendungen blieb aber ein Erfolg versagt, denn der erkennende 6. Zivilsenat des Reichsgerichts trat im wesentlichen der Rechtsauffassung des Berufungsgerichts bei.

Die Klage war aus Gründen der Kostenharnis auf ein Objekt von 10000 RM beschränkt worden. Doch dürfte die ergangene Entscheidung grundsätzliche Bedeutung für den ganzen Vermögenskomplex des herzoglichen Fideikommisses haben, dessen Gesamtwert auf etwa 90 Millionen RM geschätzt wird.

Die Untersuchung der Explosion auf dem Dampfer „Sperber“

Berlin, 11. Juli. Zur Aufklärung der Explosionsunglücks auf dem Ausflugsdampfer „Sperber“ ist die Untersuchungskommission heute vormittag am Dampfer erschienen, um ihre Feststellungen zu treffen. Der Dampfer „Sperber“ ist im Jahre 1899 erbaut. Er hat somit ein Alter von 33 Jahren. Für Spreddampfer gilt dies als kein hohes Alter. Es hat den Anschein, als ob Materialfehler mit unsachgemäßer Behandlung Hand in Hand gegangen sind. Es wird vermutet, daß der Kessel überhitzt war, während der Wasserdruck zu gering war. Der Heizer Schuld hatte das zufällig bemerkt und kaltes Wasser hinzugesetzt. Durch das Eintreten des kalten Wassers ist die Spannung zu groß geworden und es erfolgte die Explosion.

Ein sechtes Todesopfer der Explosionskatastrophe auf dem „Sperber“

Berlin, 11. Juli. Die Zahl der Todesopfer der Kesselexplosion auf dem Ausflugsdampfer „Sperber“ hat sich heute mittag auf sechs erhöht. Kurz nach 12 Uhr ver-